

## **Alternativmodell kommunale Aufgaben und Finanzen**

Kai Beutler, Attac-Arbeitskreis Köln UmSteuern, 31.03.2026 V2 - Artikel (01)

---

### **Inhalt**

1 Situation der kommunalen Haushalte .....	1
2 Alternativmodell kommunale Aufgaben und Einnahmen .....	4
3. Aufgaben der Kommunen .....	5
4. Finanzierung der kommunalen Aufgaben .....	7
5. Finanzierung des Modells: Staatliche Mehreinnahmen .....	13
6. Öffentliche Unternehmen - FEU .....	15
Kommunale Unternehmen .....	15
Bundes-Unternehmen .....	16
Landes-Unternehmen .....	17
7. Internationale Steuern .....	18
8 Stufenmodell .....	20
9 Kommunalen Finanzausgleich .....	23
Quellenverzeichnis .....	27
Weitere Begleittexte UmSteuern Kommunal .....	29
Fachartikel und Präsentationen auf <a href="https://www.attac-koeln.de/umsteuern">https://www.attac-koeln.de/umsteuern</a> .....	29

### **1 Situation der kommunalen Haushalte**

Insgesamt hatten die Gebietskörperschaften 2024 gut 2,1 Billionen € Staatseinnahmen zur Verfügung, etwa die knappe Hälfte des Bruttoinlandsproduktes BIP. Den Kommunen werden für 2024 davon 374 Mrd. € zugerechnet. Eine Unschärfe bilden die gegenseitigen Zuweisungen, teilweise mehrfach über Zuweisungen und Finanzausgleiche. Nur 132 Mrd. € werden als eigene Steuern erwirtschaftet bzw. als Anteil der Gemeinschaftssteuern gebucht – siehe Tabelle A1-1. Die Schlüsselzuweisungen aus Bund, Land und Sozialversicherung überschreiten die Steuereinnahmen und lagen bei 152 Mrd. €.

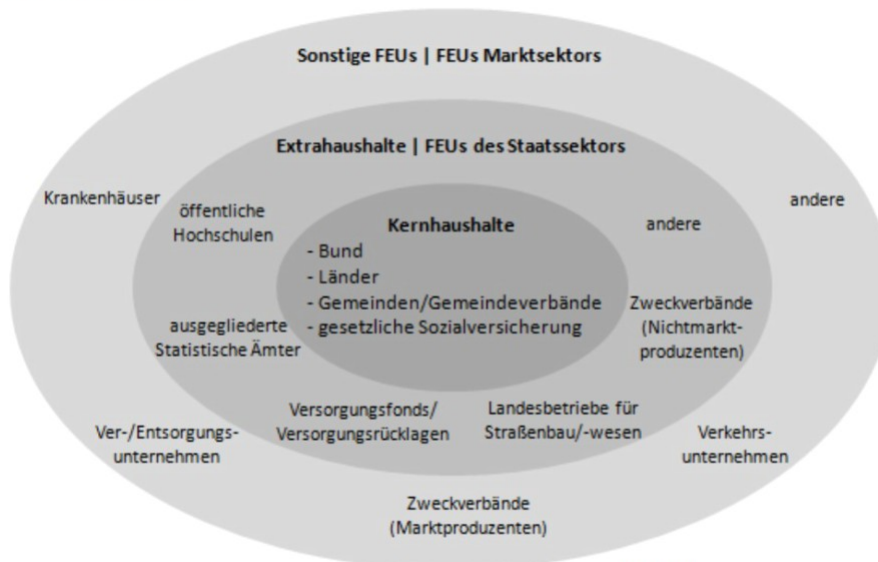
<b>kommunale Haushalte 24</b>	<b>374 Mrd €/J.</b>	
	130 Mrd €/J.	Quelle: destatis 2024
<b>Steuern</b>	<b>132 Mrd €/J.</b>	
davon Gewerbesteuern	62 Mrd €/J.	
davon Grundsteuern	15 Mrd €/J.	
aus Einkommensteuer	46 Mrd €/J.	
aus Umsatzsteuer	8 Mrd €/J.	
Sonstige Steuern 41-56 Zweitwohnungssteuer ...	2 Mrd €/J.	
<b>Schlüsselzuweisungen ohne</b>	<b>152 Mrd €/J.</b>	
Bund		6 Mrd €/J.
Land		131 Mrd €/J.
SV		1 Mrd €/J.
Sonstige		
<b>Investitionszulagen ohne Gemeinde</b>	<b>18 Mrd €/J.</b>	
Bund		2 Mrd €/J.
Land		15 Mrd €/J.
SV		0 Mrd €/J.
Sonstige		
<b>Wirtschaftliche Tätigkeit</b>	<b>16 Mrd €/J.</b>	
<b>Zinsen 2,8, sonstige Einnahmen 3,5 ,</b>	<b>56 Mrd €/J.</b>	
<b>inkl. Gebühren 49</b>		
<b>Darlehensrückflüsse</b>		3 Mrd €/J.
<b>Veräußerung</b>		8 Mrd €/J.

Abbildung Tabelle A1-1: Haushalt Kommunen Ist 2024, Quelle /13/ destatis, Anmerkung: rechte Spalte nur Kommentar ohne Berücksichtigung in der Summe.

Nicht berücksichtigt sind in dieser Aufstellung die kommunalen Unternehmen. Die Mitglieder des Verbandes kommunaler Unternehmen haben zeitgleich fast 200 Mrd. € umgesetzt, im Wesentlichen bei Versorgungsleistungen wie Strom, Wasser, Abwasser und Gas.

Bei den öffentlichen Unternehmen gibt es einige Unschärfen: Es wird vereinfachend angenommen, dass die Mitgliedsunternehmen des VKU gleichgesetzt werden mit den FEU (öffentliche Fonds, Einrichtungen und Unternehmen) in den Schalen 2 und 3 (Abb. A1.2) - nach privatem und öffentlichem Recht, die nicht im Kernhaushalt auftauchen. Deren Umsätze werden mit den Einnahmen im öffentlichen Haushalt gleichgesetzt, Gewinne/Verluste werden nicht berücksichtigt, da sie sich bei bspw. den Stadtwerken strukturell ausgleichen. Nicht alle kommunalen Unternehmen sind Mitglied im VKU. Die VKU-Mitgliedsunternehmen machen nicht nur Umsätze bei der Daseinsvorsorge, sie übernehmen in begrenztem Umfang auch kommerzielle Aufträge.

## UmSteuern Kommunal - Konzepte Schalenkonzept



Kernhaushalte + Extrahaushalte = **Öffentlicher Gesamthaushalt**  
Kernhaushalte + Extrahaushalte + Sonstige FEUs = **Öffentlicher Bereich**

Legende:  
FEUs := öffentlichen Fonds, Einrichtungen und Unternehmen

18.12.2025

AKU UmSteuern Kommunal 04.09.2025

2

Abbildung Bild A1-2: Schalenmodell Kommunal Haushalte, Quelle /13/ destatis

Die Kommunen erhalten also in Deutschland aktuell zwischen 16 und 18% der Staatseinnahmen ohne und ca. 22 % mit den Kommunalen Unternehmen zusammen. In letzterer Rechnung sind auch die öffentlichen Unternehmen des Bundes und der Länder einbezogen, auch die Private Krankenversicherung PKV. Wie üblich sind im Kernhaushalt der Bundeshaushalt und die Sozialversicherungen zusammengezogen: In anderen Ländern sind das ja Steuern. Die beiden zusammen haben mit 542 Mrd. € und 662 Mrd. € den Löwenanteil der Staatseinnahmen.

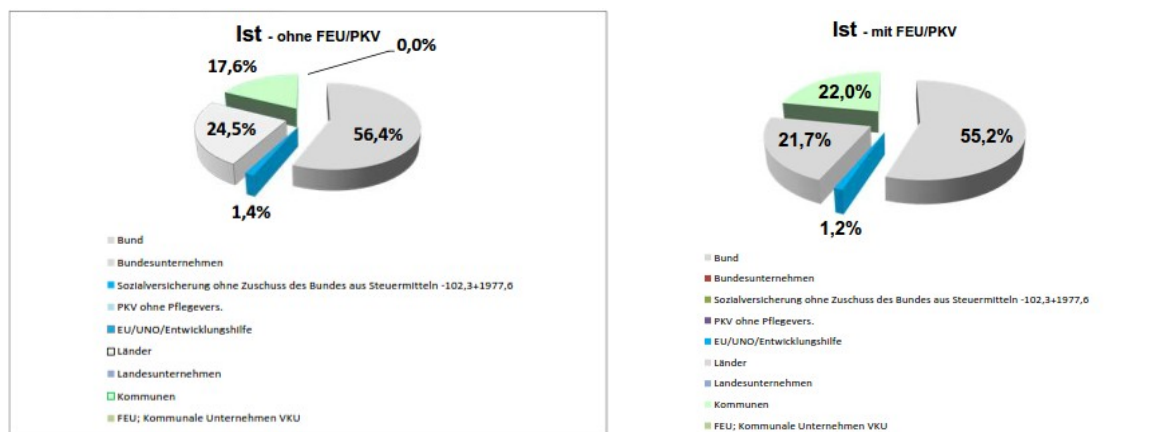


Abbildung Bild A1-3: Anteile der Einnahmen der Gebietskörperschaften – mit und ohne FEU

### 2 Alternativmodell kommunale Aufgaben und Einnahmen

Grundannahme ist es, dass die Erweiterung der kommunalen Aufgaben mit entsprechender Ressourcenverschiebung besser ist für die Bürger durch gute Entscheidungen und mehr Beteiligungsmöglichkeiten. Aufgaben sollen nach dem Subsidiaritätsprinzip aufgeteilt werden: Entscheidungen sollen auf der bürgernächsten Entscheidungsebene gefällt werden. Das soll auch dazu dienen, die Loyalität der Bürger:innen zum Staat zu verbessern

Nicht diskutiert werden die Einnahmen der Sozialversicherungen, obgleich es auch hier Bedarf gibt, umzusteuern: Für die Umgestaltung des Rentensystems hat Attac schon ein Modell vorgestellt: Rente statt Rendite. Die Sozialversicherungen werden nicht neu gestaltet, allerdings geben sie teilweise Ressourcen an die Kommunen ab.

Das Alternativmodell verdoppelt den Anteil der Kommunen von derzeit 16-17 auf 32-34% der Steuereinnahmen. Gebietskörperschaften, die Aufgaben abgeben, reichen auch die Steuereinnahmen weiter.

Kern des hier dargestellten Alternativmodells sind die Gedanken, dass die Kommunen

- einerseits ihre Aufgaben selbständig erledigen können, ohne nach Zuwendungen für ihre Planungen fragen zu müssen. Darunter sind auch Mehrbedarfe für zukünftige Herausforderungen wie die Klimatransformation.
- andererseits zusätzliche Aufgaben aus Kapitel 3 bekommen, welche sie besser bewältigen können als Bund und Länder oder auch die Sozialversicherung. Dann werden die Mittel mit der Aufgabe von den Bundesländern und der SV umgewidmet.

Weitere Festlegungen:

- Zusätzlicher Finanzbedarf wird durch steuerliche Mehreinnahmen gegengerechnet. Insgesamt geht das Modell von 200 Mrd. € Mehreinnahmen jährlich aus.
- Der Finanzausgleich zwischen Bund, Ländern und Kommunen erfolgt durch einen Anteil der Umsatzsteuer, der nach Bedarf orientiert am schwedischen Modell zwischen Bundesländern und Kommunen bedarfsorientiert neu gerechnet wird.
- Eine Aufgabe wird vom Bund an die EU delegiert, die Verteidigung. Der Haushalt wird wie geplant auf 90 Mrd. €/Jahr festgelegt. Die Entwicklungshilfe wird um 2/3 auf 50 Mrd. € erhöht.
- Gemeinnützige Unternehmen wurden nicht berücksichtigt.

Für alle Aufgaben-Verlagerungen gilt: Dafür liegen positive Erfahrungen aus anderen Ländern vor, insbesondere aus Dänemark: Das funktioniert also!

### 3. Aufgaben der Kommunen

Die Kommunen sollen die folgenden Aufgaben zusätzlich bzw. vollständig übernehmen:

AKU T 12c Ausgaben Aufgaben-Verschiebung: Finanzbedarf Modellrechnung 06.03.2026									
Spalte 1	Spalte 2	Spalte 3	Spalte 4	Spalte 5	Spalte 6	Spalte 7	Spalte 8	Spalte 9	Spalte 10
Ausgabe Kommunen	Einnahmen aktuell	Mehrbedarf Umwidmung	Bedarf Kommunen neu	Änderung Bund	von den Ländern	von der SV	von der PKV	Änderung EU/UNO/ Entw-Hilfe	Quelle
	<b>insgesamt Mehrbedarf Kommunen</b>	<b>82 Mrd €/J.</b>	<b>inkl. VKU</b>						<b>Annahmen</b>
		<b>316 Mrd €/J.</b>	<b>774 Mrd €/J.</b>						<b>aus Alternativ-Modell</b>
	<b>Summe:</b>	<b>571 Mrd €/J.</b>	<b>398 Mrd €/J.</b>	<b>-23 Mrd €/J.</b>	<b>-105 Mrd €/J.</b>	<b>-221 Mrd €/J.</b>	<b>-26 Mrd €/J.</b>	<b>140 Mrd €/J.</b>	<b>-349 Mrd €/J.</b>
A 1	bisherige Aufgaben, Schulden	376 Mrd €/J.	25,0 Mrd €/J.	401,1 Mrd €/J.					/13/
A 2	Instandhaltungsrückstand ohne VKU, 215 Mrd. auf 10 Jahre		21,5 Mrd €/J.	21,5 Mrd €/J.					/36/ 600 Mrd. € auf 10 Jahre
A 3	Kindergarten + Schulen inkl. Neubau und Lehrer:innen ISCED 0-4, Länder-Ausgaben im Schulbereich (inkl. allgemeinbildend & beruflich) = 75 Mrd. €		105,0 Mrd €/J.	105,0 Mrd €/J.	-105 Mrd €/J.				/20/ Länder-Ausgaben im Schulbereich (inkl. allgemeinbildend & beruflich)
A 4	Pflege		58,5 Mrd €/J.	58,5 Mrd €/J.			-58 Mrd €/J.		/13/ komplette Pflegeversicherung
A 5	Aktive Arbeitsvermittlung, von 37 Mrd. €		10,4 Mrd €/J.	10,4 Mrd €/J.			-10 Mrd €/J.		/13/ Anteil Aktive Arbeitsmarktförderung
A6a	Ambulante Gesundheitsleistungen GKV 50,3 + PKV		58,5 Mrd €/J.	58,5 Mrd €/J.			-50 Mrd €/J.	-8,5 Mrd €/J.	/34/ Ausgaben der gesetzlichen Krankenvversicherung (GKV) für ambulante ärztliche Versorgung 2024: ca. 50,3 Mrd. € bzw. 17 % der GKV-Ausgaben
A6b	Krankenhäuser 102+17,3 Mrd. € / Jahr, GKV + PKV 17% (GKV)		83,5 Mrd €/J.	83,5 Mrd €/J.			-71 Mrd €/J.	-12,1 Mrd €/J.	Krankenhäuser gesamt, davon 70% kommunal, 30% Bundesländer, PKV = 17% (GKV)
A 7	Dienstleistungsportal, 2 Stellen/10.000 Bürger:innen		0,8 Mrd €/J.	0,8 Mrd €/J.					/20/
A 8	Transformation, Klimaschutz		20,0 Mrd €/J.	20,0 Mrd €/J.					20 von 34 Mrd. €/Jahr öffentliche Mittel, /32/
A 9	Wohnen		11,5 Mrd €/J.	11,5 Mrd €/J.					Pastell-Institut für 100.000 neue Sozialwohnungen 2023 /33/
A 10	Nahverkehr Investition		3,4 Mrd €/J.	3,4 Mrd €/J.					VfV: Der VfV prognostiziert bis 2040 einen massiven Investitionsbedarf im ÖPNV. Für die Modernisierung und den Ausbau sind jährlich 1,44 bis 3,36 Milliarden Euro zusätzlich aus öffentlichen Mitteln notwendig. Um die Verkehrswege zu schaffen, muss der Finanzierungsbedarf von 26 Mrd. € (2024) auf bis zu 80 Mrd. € (2040)
	VKU-Betriebe	194 Mrd €/J.		194,0 Mrd €/J.					
<b>Ausgabe Länder</b>		<b>Bedarf Länder neu</b>							
Summe ohne Landesunternehmen:		<b>insgesamt Mehrbedarf</b>	<b>#BEZUG!</b>						
A6b	Krankenhäuser 102+17,3 Mrd. € / Jahr, GKV + PKV 17% (GKV)		35,8 Mrd €/J.	35,8 Mrd €/J.			-31 Mrd €/J.	-5,2 Mrd €/J.	
	Landes-Unternehmen	40 Mrd €/J.		40,0 Mrd €/J.					
<b>Ausgabe EU/UNO/eh + BUND</b>		<b>Ist</b>	<b>Mehrbedarf</b>	<b>Bedarf</b>					<b>Quelle, Annahmen</b>
		<b>insgesamt Mehrbedarf Bund</b>		<b>181 Mrd €/J.</b>					<b>aus Alternativ-Modell</b>
				<b>387 Mrd €/J.</b>					
A 11	bisherige Aufgaben, Ausgleich Verlust		27 Mrd €/J.	27 Mrd €/J.	27 Mrd €/J.				
A 12	Verteidigung	60 Mrd €/J.	30 Mrd €/J.	90 Mrd €/J.	-60 Mrd €/J.			90 Mrd €/J.	/21/
A 13	Entwicklungshilfe, 2024 0,68/BNE + Transformation LLDC und LDC	30 Mrd €/J.	20 Mrd €/J.	50 Mrd €/J.	-30 Mrd €/J.			50 Mrd €/J.	/21/
A 2	Zus. Invest nachholend inkl. Transformation Bund und Land, Instandhaltungsrückstand ohne FEU, 215 Mrd. auf 10 Jahre		40 Mrd €/J.	40 Mrd €/J.	40 Mrd €/J.				1% (BIP), /36/
A 15	Überwachung großer Unternehmen			0 Mrd €/J.					
	<b>Bundesunternehmen</b>	180 Mrd €/J.		180,0 Mrd €/J.					D37

Abbildung Tabelle A1-2: Aufgabenverschiebungen bewertet

A1: Die Kommunen haben aktuell zu wenig finanzielle Ressourcen, sodass sie Schulden aufnehmen und in den Folgejahren Zinszahlungen aufbringen müssen, die von ihren Aufgaben-Ressourcen abgehen. Aktuell macht das einen Mehrbedarf von 25 Mrd. € jährlich aus, der vom Bund aufgebracht und durch steuerliche Mehreinnahmen ausgeglichen wird.

A2: iw und DGB haben 2024 errechnet, dass die vernachlässigte Instandhaltung ein Volumen von fast 600 Mrd. € erreicht hat (/D36/ IMK Policy-Rundbrief 168 Mai 2024 Dullien e.a.). Davon betreffen 215 Mrd. € Aufgaben der Kommunen. Bezogen auf die nächsten 10 Jahre bedeutet das einen Zusatzbedarf von 21,5 Mrd. € jährlich, um nur die bestehende Infrastruktur wieder funktionsfähig zu machen. Eine schnellere Realisierung erscheint unrealistisch.

A3. Aktuell teilen sich die Kommunen mit den Ländern die Aufgaben im Bildungsbereich „Schulen und schulnaher Bereich, ISCED 1-4 und bei der KITA-

## Starke Kommunen – das Herz der Demokratie schlägt vor Ort

Betreuung (ISCED 0: elementarer Bildungsbereich). Hier ist eine klare Trennung vorgesehen: Die Kommunen sind für die allgemeinbildenden Schulen und die Berufsausbildung zuständig, das Land für die Universitäten und Forschung (ab ISCED 5). Mit den Aufgaben werden auch die bisherigen Finanzmittel von 105 Mrd. € von den Bundesländern an die Kommunen umgewidmet. Ab der Oberstufe = Ebene 3 werden die Bildungsaufgaben von den Kreisen übernommen (Quelle: /20/2022 statistischer-bericht-budget-bildung-5217108237005.xlsx)

A4 Die Planung und Durchführung der Pflege gehört in kommunale Hand. Die Kommunen können gemeinnützige Organisationen wie die Katho, AWO etc. mit der Durchführung beauftragen. Die 58 Mrd. € fließen von der Pflegeversicherung an die Kommunen. Quelle: D13 Destatis, Tabelle 71511-03, Zeile 66 für 2024

A5 Die Kommunen kennen sich am besten mit Beschäftigungsmöglichkeiten in der Region aus und können Arbeitskräftebedarf bzw. Mangel mit der Wirtschaftsförderung koordinieren. Die für aktive Arbeitsmarktpolitik vorgesehenen Mittel der Arbeitslosenversicherung werden den Kommunen zur Verfügung gestellt. 10,4 Mrd. werden den Kommunen von der BAFA zur Verfügung gestellt.

Quelle /35/ **Ausgaben 2024:** Die Ausgaben für die aktive Arbeitsförderung lagen im Jahr 2024 bei rund **10,4 Milliarden Euro**. **Prognose 2025/2026:** Für das Jahr 2025 wurde ein Anstieg erwartet, und für **2026** sind im Haushalt der BA rund **13,0 Milliarden Euro** für die aktive Arbeitsförderung eingeplant.

A6a die ambulante Gesundheitsversorgung soll kommunal werden. Das dänische Beispiel hat gezeigt, dass diese Lösung kürzere Wartezeiten und umfassendere Behandlung ermöglicht. Die Kommunen können Ärztezentren betreiben oder beauftragen. 50,3 Mrd. € werden den Kommunen von den gesetzlichen Krankenkassen GKV zur Verfügung gestellt, anteilig 17% auch von den privaten Krankenkassen PKV. Quelle GKV-Spitzenverband statistische Kennzahlen 2024/2025, [https://www.gkv-spitzenverband.de/gkv\\_spitzenverband/presse/zahlen\\_und\\_grafiken/gkv\\_kennzahlen/gkv\\_kennzahlen.jsp](https://www.gkv-spitzenverband.de/gkv_spitzenverband/presse/zahlen_und_grafiken/gkv_kennzahlen/gkv_kennzahlen.jsp)

A6b Die Krankenhausversorgung ist schon heute zu 70 % kommunal. Dazu kommen 30% durch die Universitäts- und Spezialkliniken der Bundesländer hinzu. 102 Mrd. € von der gesetzlichen Krankenversicherung zzgl. 17 Mrd. von der PKV werden den Kommunen und den Bundesländern zur Verfügung gestellt.

A7 Die Kommunen sollen umfassendes Dienstleistungsportal werden. Die Bürger sollen für staatliche Leistungen inkl. der Sozialversicherungen nur einen Ansprechpartner haben. Kalkuliert werden 2 Tarifbeschäftigte á 50.000 Bruttoentgelt pro 100.000 Bürger:innen.

A8 Für Transformation und Klimaschutz sind 20 Mrd. €/Jahr zusätzlich für die Kommunen erforderlich.

A9 Der zusätzliche Bedarf für kommunale Aufgaben des Wohnungsbaus werden 11,5 € Mrd. € zur Verfügung gestellt.



## Starke Kommunen – das Herz der Demokratie schlägt vor Ort

A10 Die zusätzlichen Investitionen für den ÖPNV werden auf 3,4 Mrd. €/Jahr kalkuliert: Der VDV prognostiziert bis 2040 einen massiven Investitionsbedarf im ÖPNV: Für die Modernisierung und den Ausbau sind jährlich <sup>1,44</sup> bis 3,36 Milliarden Euro zusätzlich aus öffentlichen Mitteln notwendig. Um die Verkehrswende zu schaffen, muss der Finanzierungsbedarf von 26 Mrd. € (2024) auf bis zu 80 Mrd. € (2040) steigen.

Weitere Aufgabenverschiebungen bzw. Mehrbedarf haben Bund, Länder und internationale Organisationen:

A6b für die Länder: Der Bedarf für die Übernahme der Landeskrankenhäuser liegt bei 35,8 Mrd. €, davon 5,2 Mrd. €/Jahr durch die PKV

A11 Der Bund hat schon heute eine Finanzierungslücke von 27 Mrd. €/Jahr, die ausgeglichen werden soll.

A12 Die Verteidigung geht als Aufgabe an die EU mit den erforderlichen Mitteln von 90 Mrd. €/Jahr (2% vom BIP).

A13 Die Entwicklungshilfe wird aufgestockt auf 50 Mrd. € - von aktuell ca. 30 Mrd. €/Jahr.

A2 für den Bund und die Länder: Der Instandhaltungsstau von 400 Mrd. € wird auf 10 Jahre

A15 Überwachung: Für die Überwachung internationaler Konzerne wird die EU zuständig.

## 4. Finanzierung der kommunalen Aufgaben

Die zusätzlichen Aufgaben erfordern einerseits eine Umverteilung der Steuereinnahmen von Bund inkl. Sozialversicherung und Ländern zu den Kommunen. Insgesamt soll der Anteil der Kommunen an den Steuereinnahmen von 16-18 auf 32-34% verdoppelt werden. Das bedeutet 400 Mrd. € zusätzlich pro Jahr für die Kommunen, in der Summe also etwa 770 Mrd.€/Jahr. Dazu kommen knapp 200 Mrd. €/Jahr durch die kommunalen Betriebe. Im Einzelnen sollen die folgenden Maßnahmen durchgeführt werden:

# Starke Kommunen – das Herz der Demokratie schlägt vor Ort

## T12b Einnahmen nach Aufgabenverschiebung Steuermodell-Rechnung

26.03.2026



Zelle 1	<b>Bedarf:</b>	401 Mrd €/J.	774 Mrd €/J.				32 Mrd €/J. ist	
Zelle 2	<b>Einnahmen</b>	372 Mrd €/J.	774 Mrd €/J.				162 Mrd €/J.	Steuererhöhung
Zelle 3	<b>Einnahmenänderung Summe:</b>			402 Mrd €/J.	-64 Mrd €/J.	-16 Mrd €/J.	130 Mrd €/J.	205 Mrd €/J. 207 Mrd €/J.
Zelle 4	<b>Aufgabenänderung Aufwand o. VKU:</b>			398 Mrd €/J.	-69 Mrd €/J.	-23 Mrd €/J.	140 Mrd €/J.	199 Mrd €/J. 8 Mrd €/J.
Zelle 5	<b>Finanzierung - Aufgabe</b>			3 Mrd €/J.	5 Mrd €/J.	7 Mrd €/J.	-10 Mrd €/J.	6 Mrd €/J.

Maßnahme	aktuell	neu	Differenz	Differenz	Differenz	Differenz	Quelle	
	Kommunen	Kommune	Kommune	Länder	Bund	EU/UNO/E	Annahmen	
M 1 D Der Spitzensteuersatz wird von 42/45% auf 49/52% erhöht. Freibeträge für Geringverdiener:innen erhöht /10/ - aufkommensneutral. Die Abgeltungssteuer für Zinserträge wird abgeschafft. Privilegien für Hyper-reiche werden beseitigt (/08/, S.93 ff)						25,0 Mrd €/J.	/ 10/	25 Mrd €/J.
M 2 D Körperschaftssteuer erhöhen, aus Gewerbesteuer, auch für Stadtstaaten und Umlage Land				18,0 Mrd €/J.	18,0 Mrd €/J.		/ 9/	
M 3 K Einkommensteuer -100T€/J Basiseinkommen an die Kommunen, Satz selber festlegen, 60%, ohne Körperschaftssteuer 40+25 Mrd.€/J	46 Mrd €/J.	270 Mrd €/J.	224 Mrd €/J.	-112 Mrd €/J.	-112 Mrd €/J.		/ 18/	
M 4 K Finanzausgleich nach Bedarfsprinzip, durch objektive Daten nach Differenz zum Durchschnittssteuersatz durch den Bund			0 Mrd €/J.					
M 5 K Bodensteuer einführen	14 Mrd €/J.	28 Mrd €/J.	14 Mrd €/J.				/ 19/	
M 6 D Grunderwerbssteuer streichen				-15 Mrd €/J.			/ 19/	
M 7 D progressive Vermögensteuer reaktivieren					100 Mrd €/J.		/ 9/	100 Mrd €/J.
M 9 D Unternehmenssteuern bis 2 Mio €/J Gewinn an die Länder	nicht umsetzen							
M 10 D Unternehmenssteuern 2-10 Mio€/J Gewinn an den Bund	nicht umsetzen							
M 11 E Unternehmenssteuern ab 10 Mio €/J Gewinn an die EU	nicht umsetzen						berechnen	
M 12 K Gesundheits-SV Ambulanz an die Kommunen	0 Mrd €/J.	50 Mrd €/J.	50 Mrd €/J.				Ausgaben der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) für ambulante ärztliche Versorgung	
M 12 PKV		8,5 Mrd €/J.	8,5 Mrd €/J.					
M 12 Gesundheits-SV Krankenhäuser an die Kommunen		71,0 Mrd €/J.	71,0 Mrd €/J.	31 Mrd €/J.				
M 12 PKV		12,5 Mrd €/J.	12,5 Mrd €/J.	5 Mrd €/J.				
M 13 K Arbeitslosen-SV an die Kommunen	0 Mrd €/J.	10 Mrd €/J.	10 Mrd €/J.				Anteil Aktive	
M 14 D Verkehrssteuern Straße/Schiene ab 300 km + Flug+Schiff an die EU						1 Mrd €/J.		
M 14 K Pflegegeldleistung an die Kommunen	0 Mrd €/J.	58 Mrd €/J.	58 Mrd €/J.					
M 15 E Finanztransaktionssteuer z 1/3 an die EU, 2/3 an die UN						19 Mrd €/J.	/ 9/	19 Mrd €/J.
M 16 K USt. anteilig an die Kommunen über Finanzausgleich, hier gedrittelt	8 Mrd €/J.	145 Mrd €/J.	137 Mrd €/J.	-150 Mrd €/J.	13 Mrd €/J.			keine USt. mehr für die Länder
M 17 D Übergewinnsteuer einführen						20 Mrd €/J.	/ 9/	20 Mrd €/J.
M 17 K Zuweisungen Bund/Land pauschalisieren /13/ T03 alt 170, 17 von anderen	170 Mrd €/J.	17 Mrd €/J.	-154 Mrd €/J.	146 Mrd €/J.	7,5 Mrd €/J.		Destatis 71511 - 03	
M 18 D Milliardärssteuer einführen, s.o							/9/: 25 Mrd. € + Extrabegründung	
M 18 D Steuerlücken Unternehmenssteuer schließen /08/					20 Mrd €/J.		/ 9/	20 Mrd €/J.
M 19 D Energiesteuer erhöhen um 20%?					0 Mrd €/J.			
M 20 D Erbschaftsteuer: Lücken schließen Erbschaftsteuer Progression				10 Mrd €/J.			/ 9/	10 Mrd €/J.
M 34 D Abgeltungssteuer streichen, in EST-Tabelle				10 Mrd €/J.			Steuerrevolution	10 Mrd €/J.
M 35 D Tabaksteuer verdoppeln							13 Mrd €/J.	0 Mrd €/J.
M 36 D Alkoholsteuer verdoppeln				-3 Mrd €/J.				
M 37 D Zuckersteuer einführen				-3 Mrd €/J.		2 Mrd €/J.		2 Mrd €/J.
M 38 E EU-Finanzausgleich statt Förderprogramme							macht KMH	
M 39 K Gemeinewirtschaftssteuer statt Gewerbesteuer, ca. 50% an die Kommunen	62 Mrd €/J.	31 Mrd €/J.	-31 Mrd €/J.					
M 91 E Globaler Finanzausgleich 10% bish-Bundessteuer							Aufstocken der EU- und UNO-Abgaben auf 10% der gesamten	
M 92 D EU-Abgabe inkl. Zoll							/ 9/	
M 93 D Bürgerversicherung			0 Mrd €/J.					
M 94 D Gebühren, Zinsen, w. Tätigkeiti	72 Mrd €/J.	72 Mrd €/J.						
M 95 D Verteidigungsausgaben					-90 Mrd €/J.	90 Mrd €/J.		

Tabelle A1-3: steuerliche Maßnahmen



## Starke Kommunen – das Herz der Demokratie schlägt vor Ort

M1 Der Spitzensteuersatz wird von 42/45% auf 49/52% hoch gesetzt. Damit sind Mehreinnahmen von 30 Mrd. € verbunden, zunächst für den Bund.

M2: Die Körperschaftssteuer wird um die Kürzung der Gewerbesteuer erhöht, also um 18 Mrd. €, hälftig an den Bund und die Länder.

M3: Haupteinnahmequelle der Kommunen soll die Einkommensteuer werden. Die Kommunen haben dann die Möglichkeit, je nach Bedarf die Einkommensteuersätze zu bestimmen, in einem Korridor. Allerdings soll es dabei bleiben, dass hohe Einkommen zentral besteuert werden, um ein ‚Race-To-The-Bottom‘ zu vermeiden. Als Grenze werden 100.000 € Brutto-Einkommen angesetzt. Nur der darüberliegende Teil geht an den Bund, der Rest an die Kommunen. Diese erlösen dann statt der aktuellen 46 Mrd.€/Jahr 224 Mrd.€/Jahr.

M4 Um gleichwertige Lebensbedingungen zu ermöglichen wird der kommunale Finanzausgleich auf Bedarfsorientierung wie Vorschul- und schulpflichtige Kinder, Arbeitslosigkeit, Land/Stadt etc. umgestellt. Es kann also zu erheblichen Verschiebungen für die einzelnen Kommunen kommen.

M5 und M6: Die Grunderwerbssteuer (bislang an die Länder) und die Grundsteuer werden wertgleich ersetzt durch eine Bodensteuer (siehe Artikel 7). Die Kommunen erhalten also 28 Mrd. €, die Hälfte fehlt den Bundesländern.

M7: Die Vermögenssteuer wird aktiviert, als progressive Steuer nach dem Modell aus der Steuerrevolution. Die Mehreinnahmen werden mit 100 Mrd. €/Jahr kalkuliert.

M12: Die Ausgaben der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) für ambulante ärztliche Versorgung 2024: ca. 50,3 Mrd. € bzw. 9 Mrd. €/Jahr der PKV gehen an die Kommunen.

M13: Der Anteil der ALV für Aktive Arbeitsmarktförderung in Höhe von 10,4 Mrd. € geht von der Arbeitslosenversicherung an die Kommunen.

M14: Es werden Verkehrssteuern Straße/Schiene ab 300 km erhoben und Flug- und Schiffssteuern, alle gehen an die EU. Der Betrag wird mit 1 Mrd. €/Jahr kalkuliert.

M14: Die Pflegeversicherung stattet die Kommunen mit ihren kompletten Einnahmen aus, 2024 58 Mrd. €/J

M15: Es wird eine Finanztransaktionssteuer eingeführt. Die Erträge gehen an die EU zu 1/3 und zu 2/3 an die UNO. Die jährliche Summe wird auf 20 Mrd. € taxiert.

M16: Der Großteil des kommunalen Finanzausgleiches untereinander wird über die Mittelzuweisungen des Bundes über die Umsatzsteuer getätigt. Die Kommunen erhalten 137 Mrd. €/Jahr statt wie bisher 8.



## Starke Kommunen – das Herz der Demokratie schlägt vor Ort

M17: Es wird eine Übergewinnsteuer eingeführt, welche an die EU geht in Höhe von 20 Mrd. €/Jahr.

M17: Die bisherigen Zweck- und Antragsgebundenen Zuweisungen des Bundes der EU? und der Länder werden auf aktuellen Stand eingefroren und pauschalisiert ausgezahlt, aktuell gut 200 Mrd. €/Jahr.

M18: Die Steuerlücken bei den Unternehmenssteuern werden geschlossen, Mehrertrag 20 Mrd. €/Jahr.

M20: Die Lücken bei der Erbschaftssteuer werden geschlossen, Mehr-Ertrag 10 Mrd. €. Die Steuer soll dann an den Bund anstatt an die Länder gehen. Für die progressive Ausgestaltung nach dem Attac-Steuermodell werden weitere 10 Mrd. € jährlich erwartet.

M36: Die Alkoholsteuer wird verdoppelt, 1 Mrd. €/Jahr zusätzlich für den Bund.

M37: Es wird eine Zuckersteuer eingeführt, 2 Mrd. €/Jahr zusätzlich für den Bund.

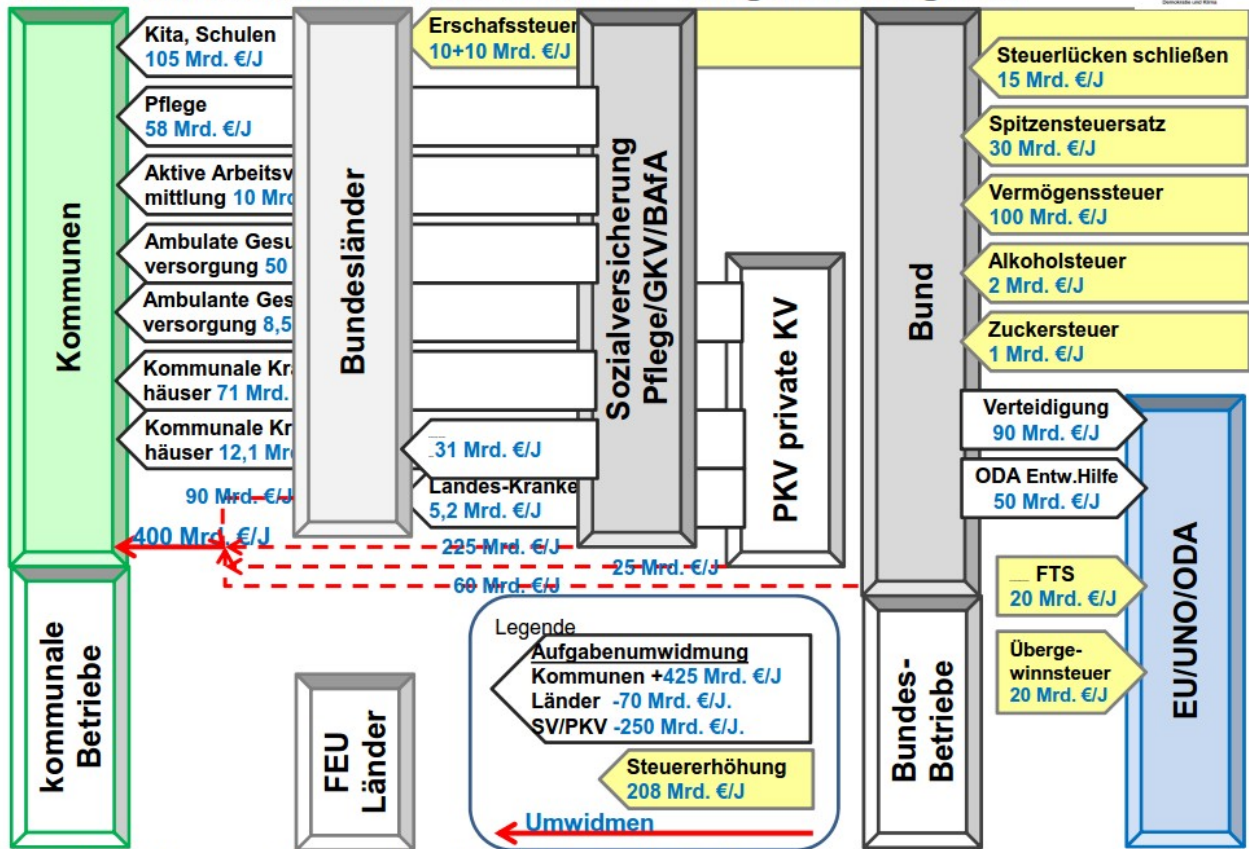
M39: Die Gewerbesteuer wird durch die Gemeindefortschrittssteuer ersetzt und halbiert. Die dann fehlenden Unternehmenssteuern werden vom Bund auf die Körperschaftssteuer aufgeschlagen. Maßgeblich für die Steuerlast wird also zukünftig eine Kombination aus Wertschöpfung, Mitarbeiteranzahl etc. sein, angewendet wird der Schlüssel auf den Unternehmens-Gewinn. Es wird so auch die Flucht in Steueroasen vermieden, siehe Beispiel Monheim - Artikel (04).

M95 Die Landes-Verteidigung wird von der EU ausgeübt. 90 Mrd. € werden vom Bund an die EU verlagert.

Insgesamt führen die Maßnahmen fast zu einer Verdoppelung der kommunalen Einnahmen auf dann knapp 800 Mrd. € jährlich. Damit müssen sie dann allerdings auskommen, Zuweisungen etc. sind nicht mehr vorgesehen. Der Anteil der Kommunen an den staatlichen Einnahmen verdoppelt sich damit von ca. 17 auf 34% - je nachdem, ob mit oder ohne FEU gerechnet wird (siehe Bild A1.4).

## Starke Kommunen – das Herz der Demokratie schlägt vor Ort

### Alternativmodell kommunale Finanzen – Aufgaben/Ausgaben



Alternativmodell kommunale Finanzen – Finanzfluss, AKU, Kai Beutler 11.03.2026

Abb. A1.4: Cashflow Alternatives Finanzmodell (eigene Berechnung nach /13/)

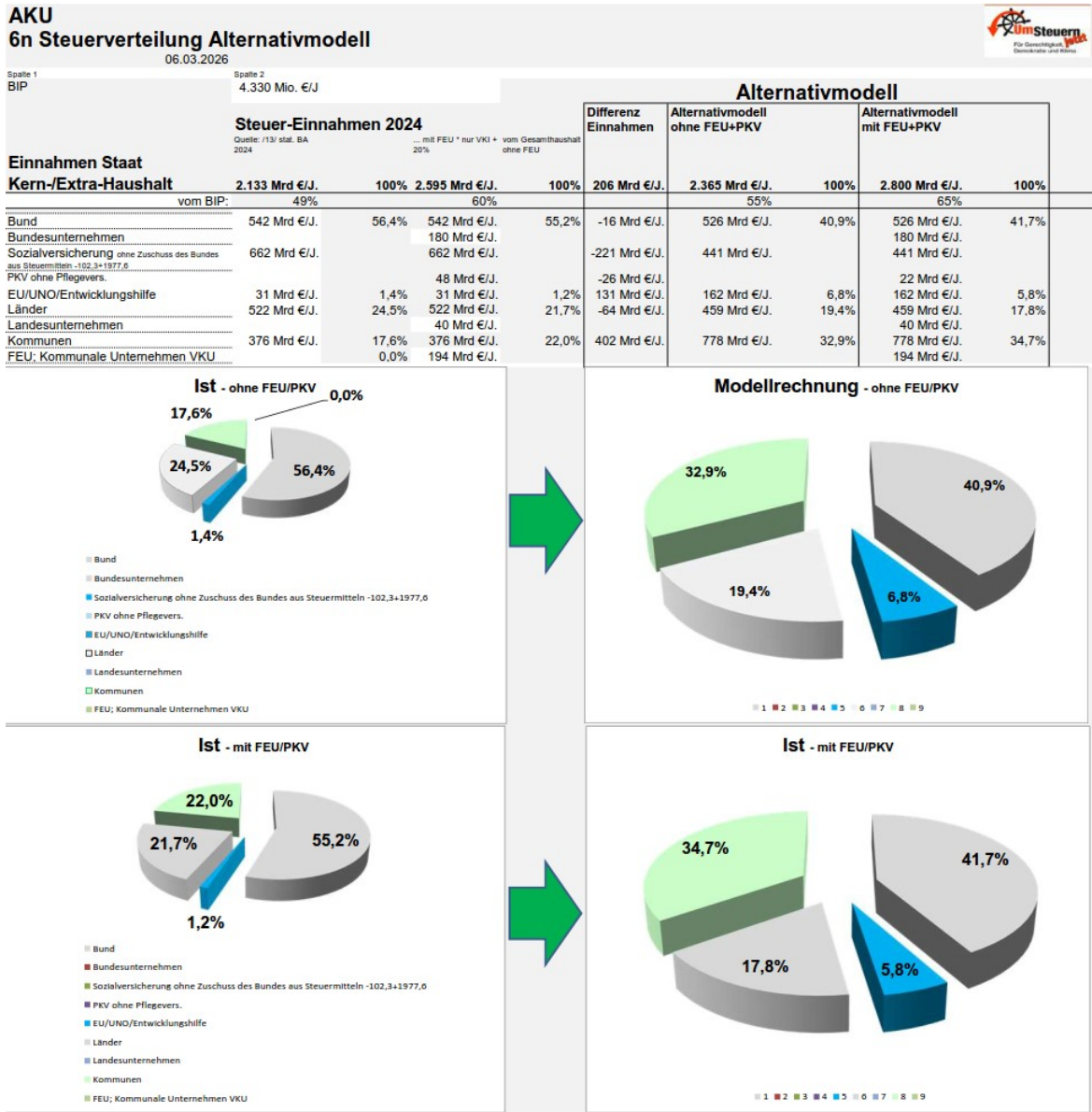


Abb. A1.5: Steueranteile im Sollmodell (eigene Berechnung nach /13/)

## 5. Finanzierung des Modells: Staatliche Mehreinnahmen

Neben den Umwidmungen von Steuergeldern zwischen den Gebietskörperschaften wird also auch insgesamt mehr staatliches Geld benötigt. Der Auszug aus dem Maßnahmenkatalog entwickelt, der staatliche Mehreinnahmen von gut 200 Mrd. € jährlich generiert. Es werden die folgenden Maßnahmen vorgeschlagen, jeweils mit Potenzial:

	Maßnahme	Differenz	Differenz	neu	
		Länder	Bund	EU/UNO/E	
M 1	D Der Spitzensteuersatz wird von 42/45% auf 49/52% erhöht. Freibeträge für Geringverdiener:innen erhöht /10/ - aufkommensneutral. Die Abgeltungssteuer für Zinserträge wird abgeschafft. Privilegien für Hyper-reiche werden beseitigt (/08/, S.93 ff)		25,0 Mrd €/J.		25 Mrd €/J.
M 7	D progressive Vermögensteuer reaktivieren		100 Mrd €/J.		100 Mrd €/J.
M 15	E Finanztransaktionssteuer z 1/3 an die EU, 2/3 an die UN			19 Mrd €/J.	19 Mrd €/J.
M 17	D Übergewinnsteuer einführen			20 Mrd €/J.	20 Mrd €/J.
M 18	D Steuerlücken Unternehmenssteuer schließen /08/		20 Mrd €/J.		20 Mrd €/J.
M 20	D Erbschaftsteuer: Lücken schließen	10 Mrd €/J.			10 Mrd €/J.
	Erbschaftssteuer Progression	10 Mrd €/J.			10 Mrd €/J.
M 36	D Alkoholsteuer verdoppeln		2 Mrd €/J.		2 Mrd €/J.
M 37	D Zuckersteuer einführen		1 Mrd €/J.		1 Mrd €/J.

Abb. A1.6: Steuermehreinnahmen (eigene Berechnung nach /13/)

M1: Der Spitzensteuersatz wird von 42/45% auf 49/52% erhöht. Dafür werden die Freibeträge für Geringverdiener:innen erhöht nach dem Konzept des DGB /10/. Das ist etwa aufkommensneutral. Die Abgeltungssteuer für Kapitalerträge wird abgeschafft, die Einkünfte also mit dem individuellen Einkommenssteuersatz versteuert. Die folgenden Privilegien für Hyperreiche werden beseitigt (/08/, S.93 ff):

1. Nach zehn Jahren steuerfreien Wertsteigerungen bei Immobilien (ca. 6 Mrd. €),
2. Die steuerfreie Thesaurierung von Gewinnen in Familienholdings (ca. 10 Mrd. €),
3. die Besteuerungslücken durch die anonyme Erhebung der Steuer, 4. die Drittelregelung für gemeinnützige Stiftungen, Gestaltungsmöglichkeiten in der Familie u. v. m.

**Potenzial: 25 Mrd. €/J.**

M2: Die Körperschaftssteuer wird um 31 Mrd. € jährlich erhöht, um die Mindereinnahmen bei der Gewerbesteuer auszugleichen.

**Potenzial: 31 Mrd. €/J.**



## Starke Kommunen – das Herz der Demokratie schlägt vor Ort

M7: Die Vermögenssteuer wird reaktiviert, allerdings soll sie nun progressiv ausgestaltet werden (SPD-Vorschlag 2/2026, Berechnung Stephan Bach/iw):

**Potenzial: 100 Mrd. €/J.**

M9: Unternehmenssteuern bis 2 Mio €/J Gewinn gehen an die Länder.

M10: Unternehmenssteuern 2-10 Mio €/J Gewinn gehen an den Bund.

M15: Finanztransaktionssteuer an EU und UNO

**Potenzial: 19 Mrd. €/J.**

M17: Übergewinnsteuer (/08/): Der Reformvorschlag des NWSG würde auf alle Residualgewinne (100 % der Gewinne über einer Rendite von 10 %) eine zusätzliche Steuer von 50 % erheben. Betroffen wären etwa 200 Unternehmen (einschließlich Rohstoffbranche und Finanzindustrie). Der deutsche Anteil ist anhand des deutschen BIP-Anteils näherungsweise geschätzt.

**Potenzial: 20 Mrd. €/J.**

M18: Es werden **Steuerlücken bei den Unternehmenssteuern** nach dem Konzept des Netzwerkes Steuergerechtigkeit geschlossen (/D08/, S. 94): Die folgenden Lücken werden geschlossen: Steuervermeidung durch 1. Gewinnverschiebung, 2. Gewerbesteuererhasen (ca. 1 Mrd. €), 3. die Tonnagesteuer (ca. 2 Mrd. €), 4. Share Deals. Verschiedene Schätzungen beziffern den Schaden durch Steuerhinterziehung auf 50–100 Mrd. €. Aber nur ein Teil davon lässt sich mit vertretbarem Aufwand verhindern.

**Potenzial: 20 Mrd. €/J.**

M20: Die Umgehungsmöglichkeiten bei der Erbschaftsteuer werden geschlossen und eine progressive empfängerunabhängige Besteuerung eingeführt.

**Potenzial: 10+10 Mrd. €/J.**

M36: Die Alkoholsteuer wird verdoppelt.

**Potenzial: 2 Mrd. €/J.**

M37: Es wird eine Zuckersteuer eingeführt, wie sie schon die skandinavischen Ländern und Großbritannien erfolgreich praktiziert wird.

**Potenzial: 1 Mrd. €/J.**

M99: Bürgerversicherung: Mit der Reform der Sozialversicherungen lassen sich laut NSG weitere 90 **Mrd. €/J.** erzielen (/09/). Das wurde in diesem Modell nicht berücksichtigt.

## 6. Öffentliche Unternehmen - FEU

In den öffentlichen Haushalten wird zwischen unterschieden zwischen (siehe Bild A1.2)

- Kernhaushalten, inkl. Sozialversicherung
- Extrahaushalten
- FEU im Marktsektor: Öffentliche Fonds, Einrichtungen und Unternehmen

### Kommunale Unternehmen

Wesentliche kommunale Aufgaben werden an öffentliche Unternehmen delegiert. Darunter fallen Stadtwerke, öffentliche Nahverkehrsunternehmen, Netzagenturen etc. 1.500 von ihnen sind im VKU: Verband kommunaler Unternehmen organisiert. Der Gesamtumsatz beträgt knapp 200 Mrd. €/Jahr. Die Umsatz-stärksten Unternehmen sind (/22/-/25/, 2024):

Stadtwerke München (SWM)	6,934 Mrd. €/Jahr
RheinEnergie AG (Köln)	3,946 Mrd. €/Jahr
Stadtwerke Köln Konzern	9,245 Mrd. €/Jahr
Stadtwerke Düsseldorf AG	2,805 Mrd. €/Jahr

Nicht alle kommunalen Unternehmen sind Mitglied im VKU und nicht alle kommunalen Unternehmen gehören zu 100% den Gemeinden und Städten, werden aber von ihnen beherrscht. Die meisten Kommunen verfügen nicht über eigene Stadtwerke, sondern werden entweder von denen größerer Gebietskörperschaften mitversorgt oder sie organisieren das in Eigenregie. Kommunale Unternehmen konkurrieren fallweise mit privaten Anbietern, beispielsweise auf dem Strommarkt. Es ist aber offensichtlich, dass die Debatte um kommunale Finanzen nicht ohne Berücksichtigung der kommunalen Unternehmen geführt werden kann. Ihr Anteil an öffentlichen Ausgaben beträgt über ein Drittel der Summe aus kommunalen Kern- und Extrahaushalten + Umsatz der kommunalen Unternehmen (2024).

## Starke Kommunen – das Herz der Demokratie schlägt vor Ort

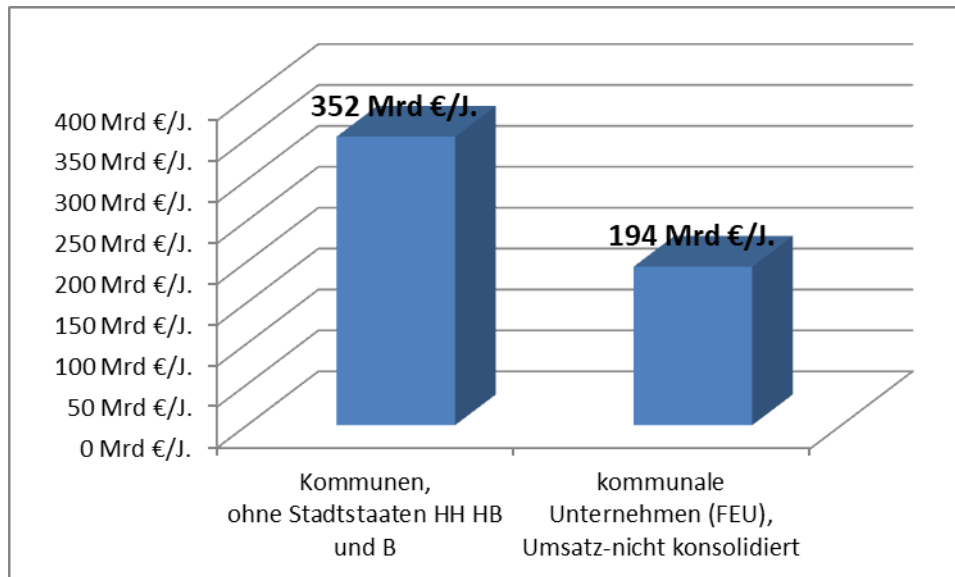


Abbildung A1.9: kommunalen Kern- und Extrahaushalten + Umsatz der kommunalen Unternehmen (2024) (/13/ und /14/)

### Bundes-Unternehmen

Öffentlich-rechtliche Unternehmen sind Einrichtungen mit eigener Rechtspersönlichkeit, deren Zweck, Aufgaben und Organisation sich aus einem sogenannten Errichtungs- oder Gründungsgesetz ergeben. Das bekannteste Beispiel ist die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW). Nur unter den Voraussetzungen des § 65 Bundeshaushaltsordnung (BHO) kann der Bund seine Aufgaben durch eine Beteiligung an einem privatrechtlich organisierten Unternehmen erfüllen. Diese Voraussetzungen sind:

- Es liegt ein wichtiges Bundesinteresse vor.
- Der Zweck lässt sich auf andere Weise nicht besser und wirtschaftlicher erreichen.
- Die Einzahlungsverpflichtung des Bundes ist begrenzt.
- Der Bund erhält einen angemessenen Einfluss, insbesondere im Aufsichtsrat oder in einem sonstigen Überwachungsorgan.
- Jahresabschluss und Lagebericht werden grundsätzlich entsprechend den Vorschriften des Dritten Buchs des Handelsgesetzbuchs (HGB) für große Kapitalgesellschaften aufgestellt und geprüft. Ein anderer Legitimationsgrund für Beteiligungen des Bundes an Unternehmen können besondere gesetzliche Bestimmungen sein.

## Starke Kommunen – das Herz der Demokratie schlägt vor Ort

	Anzahl 2023
<b>Unmittelbare Beteiligungen des Bundes und der Sondervermögen des Bundes</b>	<b>117*</b>
→ davon: Unmittelbare Beteiligungen des Bundes	88
→ davon: an privatrechtlich organisierten Unternehmen mit Geschäftstätigkeit	74
→ davon: Mitgliedschaft in Genossenschaften	14
→ davon: Unmittelbare Beteiligungen der Sondervermögen des Bundes	29
<b>Mittelbare Beteiligungen mit einem Nennkapital von <math>\geq 50.000</math> € und <math>\geq 25</math> % Anteilsbeteiligung</b>	<b>376</b>

\*darüber hinaus an drei privatrechtlich organisierten Unternehmen und einer Genossenschaft ohne Geschäftstätigkeit

Grifik 1: Unmittelbare Beteiligungen des Bundes mit Geschäftstätigkeit und seiner Sondervermögen nach Wirtschaftsbereichen (insgesamt 117)

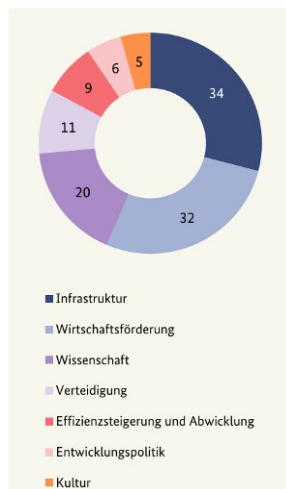


Bild A1-7: Mittelbare und unmittelbare Beteiligungen des Bundes 2023, unmittelbare Unternehmen nach Wirtschaftsbereich - Quelle: /D37/ beteiligungsbericht-des-bundes-2024.pdf, [https://www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Downloads/Broschueren\\_Bestellservice/beteiligungsbericht-des-bundes-2024.pdf?\\_\\_blob=publicationFile&v=10](https://www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Downloads/Broschueren_Bestellservice/beteiligungsbericht-des-bundes-2024.pdf?__blob=publicationFile&v=10) Seite 14 und 15

Der Bund hält mittelbare und unmittelbare Beteiligungen an ca. 500 Unternehmen. Die unmittelbaren Unternehmen agieren zu 2/3 im Wirtschaftsbereich Infrastruktur und Wirtschaftsförderung. Der Umsatz der 7 umsatzstärksten Bundesunternehmen betrug 2023 180 Mrd. €.

### Unternehmen des Bundes - Umsätze

/D/37 beteiligungsbericht-des-bundes-2024.pdf, <https://www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/> 02.03.2026



Unternehmen	Umsatz 2023	Anteil Bund	
	<b>325 Mrd €/J.</b>		<b>180 Mrd €/J.</b>
Telekom	23,0 Mrd €/J.	27,5%	6,3 Mrd €/J.
Deutsche Bahn 2022	56,0 Mrd €/J.	100,0%	56,0 Mrd €/J.
T-Mobile	72,0 Mrd €/J.	52,0%	37,4 Mrd €/J.
Uniper	2,6 Mrd €/J.	99,1%	2,6 Mrd €/J.
Post	46,0 Mrd €/J.	13,0%	6,0 Mrd €/J.
Airbus	60,0 Mrd €/J.	10,8%	6,5 Mrd €/J.
DB AG	65,0 Mrd €/J.	100,0%	65,0 Mrd €/J.

Bild A1.8: Umsatzanteile direkter Bundesbeteiligungen 2023, Quelle /D37/

## Landes-Unternehmen

Die öffentlichen Unternehmen der Länder wurden mit einem Jahresumsatz von 46 Mrd. € geschätzt, siehe Bild A1.8b. Dabei wurde jeweils nur der Eigentumsanteil des Bundeslandes gewertet und kommerzielle Unternehmen wie VW nicht

## Starke Kommunen – das Herz der Demokratie schlägt vor Ort

gewertet. Die Mitarbeiter:innenanzahl für den Landesanteil betrug 2025 etwa 200.000.

### Unternehmen der Länder

2025

26.03.2026

Quelle: 16 Beteiligungsberichte der Bundesländer

\*Daseinsvorsorge



Bundesland	Unternehmen	Eigentümeranteil Land	Umsatz (ca.)	Umsatz (nach Anteil)	Umsatz nach Anteil + Daseinsvorsorge	Mitarbeiter	MA nach Anteil
gesamt 400 Unternehmen			0	412 Mrd. €/J.	113 Mrd. €/J.	46 Mrd. €/J.	804.720
29 Unternehmen							209.512
Baden-Württemberg	EnBW Energie Baden-Württemberg AG	46,75%	47% 56 Mrd €	56,0 Mrd. €/J.	26,2 Mrd. €/J. #	26,2 Mrd. €/J.	28.000
Baden-Württemberg	Staatliche Toto-Lotto GmbH Baden-Württemberg	100%	100% 1,1 Mrd €	1,1 Mrd. €/J.	1,1 Mrd. €/J.	0,0 Mrd. €/J.	200
Baden-Württemberg	Landesmesse Stuttgart GmbH	50%	50% 200 Mio €	0,2 Mrd. €/J.	0,1 Mrd. €/J. #	0,1 Mrd. €/J.	400
Bayern	Flughafen München GmbH	51%	51% 1,6 Mrd €	1,6 Mrd. €/J.	0,8 Mrd. €/J. #	0,8 Mrd. €/J.	9.000
Bayern	BayernLB	75%	8 Mrd € Erträge	8,0 Mrd. €/J.	6,0 Mrd. €/J. #	6,0 Mrd. €/J.	7.500
Bayern	Staatliche Lotterie- und Spielbankverwaltung	100%	100% 900 Mio €	0,9 Mrd. €/J.	0,9 Mrd. €/J.	0,0 Mrd. €/J.	1.200
Berlin	Berliner Verkehrsbetriebe (BVG)	100%	100% 2,0 Mrd €	2,0 Mrd. €/J.	2,0 Mrd. €/J. #	2,0 Mrd. €/J.	16.000
Berlin	Berliner Wasserbetriebe	100%	100% 1,5 Mrd €	1,5 Mrd. €/J.	1,5 Mrd. €/J. #	1,5 Mrd. €/J.	4.600
Berlin	Messe Berlin GmbH	100%	100% 400 Mio €	0,4 Mrd. €/J.	0,4 Mrd. €/J. #	0,4 Mrd. €/J.	900
Brandenburg	Flughafen Berlin Brandenburg GmbH	37%	37% 500 Mio €	0,5 Mrd. €/J.	0,2 Mrd. €/J. #	0,2 Mrd. €/J.	2.000
Bremen	BLG Logistics Group AG & Co. KG	50%	50% 1,2 Mrd €	1,2 Mrd. €/J.	0,6 Mrd. €/J.	0,0 Mrd. €/J.	11.000
Bremen	Flughafen Bremen GmbH	100%	100% 110 Mio €	0,1 Mrd. €/J.	0,1 Mrd. €/J. #	0,1 Mrd. €/J.	400
Hamburg	Hamburger Hafen und Logistik AG	69%	69% 1,6 Mrd €	1,6 Mrd. €/J.	1,1 Mrd. €/J. #	1,1 Mrd. €/J.	6.700
Hamburg	Hamburg Messe und Congress GmbH	100%	100% 300 Mio €	0,3 Mrd. €/J.	0,3 Mrd. €/J. #	0,3 Mrd. €/J.	350
Hessen	Fraport AG	31%	31% 4,0 Mrd €	4,0 Mrd. €/J.	1,2 Mrd. €/J. #	1,2 Mrd. €/J.	23.000
Hessen	Helaba (Landesbank Hessen-Thüringen)	indirekt ~8 %	3 Mrd € Erträge	3,0 Mrd. €/J.	0,2 Mrd. €/J. #	0,2 Mrd. €/J.	6.000
Mecklenburg-Vorpommern	Flughafen Rostock-Laage-Güstrow GmbH	100%	100% 30 Mio €	0,0 Mrd. €/J.	0,0 Mrd. €/J. #	0,0 Mrd. €/J.	100
Niedersachsen	Volkswagen AG	20%	20% 322 Mrd €	322,0 Mrd. €/J.	64,4 Mrd. €/J.	0,0 Mrd. €/J.	675.000
Niedersachsen	NORD/LB	~60 %	4 Mrd € Erträge	4,0 Mrd. €/J.	2,4 Mrd. €/J. #	2,4 Mrd. €/J.	4.800
Nordrhein-Westfalen	NRW.BANK	100%	100% 1,5 Mrd €	1,5 Mrd. €/J.	1,5 Mrd. €/J. #	1,5 Mrd. €/J.	1.400
Nordrhein-Westfalen	Flughafen Köln/Bonn GmbH	31%	31% 700 Mio €	0,7 Mrd. €/J.	0,2 Mrd. €/J. #	0,2 Mrd. €/J.	1.800
Rheinland-Pfalz	Nürburgring GmbH	100%	100% 100 Mio €	0,1 Mrd. €/J.	0,1 Mrd. €/J.	0,0 Mrd. €/J.	350
Rheinland-Pfalz	Investitions- und Strukturbank Rheinland-Pfalz	100%	100% 300 Mio €	0,3 Mrd. €/J.	0,3 Mrd. €/J. #	0,3 Mrd. €/J.	500
Saarland	SaarLB	~75 %	75% 300 Mio €	0,3 Mrd. €/J.	0,2 Mrd. €/J. #	0,2 Mrd. €/J.	500
Sachsen	Mitteldeutsche Flughafen AG	77%	77% 350 Mio €	0,4 Mrd. €/J.	0,3 Mrd. €/J. #	0,3 Mrd. €/J.	1.300
Sachsen	Porzellan-Manufaktur Meissen GmbH	100%	100% 50 Mio €	0,1 Mrd. €/J.	0,1 Mrd. €/J.	0,0 Mrd. €/J.	500
Sachsen-Anhalt	Lotto-Toto Sachsen-Anhalt GmbH	100%	100% 120 Mio €	0,1 Mrd. €/J.	0,1 Mrd. €/J. #	0,1 Mrd. €/J.	120
Schleswig-Holstein	Investitionsbank Schleswig-Holstein	100%	100% 300 Mio €	0,3 Mrd. €/J.	0,3 Mrd. €/J. #	0,3 Mrd. €/J.	700
Thüringen	Thüringer Aufbaubank	100%	100% 200 Mio €	0,2 Mrd. €/J.	0,2 Mrd. €/J. #	0,2 Mrd. €/J.	400

Bild A1.8a: Umsatzanteile direkter Landesbeteiligungen 2025, Quelle /D49/

## 7. Internationale Steuern

Wir schlagen vor, Aufgaben an die EU und die UNO zu verlagern, insbesondere

Aufgabe EU/UNO	Kosten inkl. Sozialversicherung	Mehrbedarf	Bedarf	Quelle Annahmen
				181 Mrd €/J. aus Alternativ-Modell
	27 Mrd €/J.	155 Mrd €/J.	182 Mrd €/J.	
A 11 bisherige Aufgaben	27 Mrd €/J.		27 Mrd €/J.	
A 12 Verteidigung		70 Mrd €/J.	70 Mrd €/J. /21/	
A 13 Entwicklungshilfe		40 Mrd €/J.	40 Mrd €/J. /21/	
A 14 Transformation LLDC und LDC		45 Mrd €/J.	45 Mrd €/J. 1% (BIP)	
A 15 Überwachung großer Unternehmen			0 Mrd €/J.	

A 12	Verteidigung	60 Mrd €/J.	90 Mrd
A 13	Entwicklungshilfe, 2024 0,68/BNE + Transformation LLDC und LDC	30 Mrd €/J.	50 Mrd
A 15	Überwachung großer Unternehmen		



## Starke Kommunen – das Herz der Demokratie schlägt vor Ort

Tabelle A1.9: Aufgabenveränderungen EU und international

A12: Die Verteidigung wird komplett an die EU delegiert.

A13: Die Entwicklungshilfe wird komplett über EU und UNO abgewickelt.

A14: Für die ökosoziale Transformation werden 1% des BIP über die UNO an die LLDC und LDC transferiert.

A15: Die Besteuerung und Überwachung von international tätigen Unternehmen ab 10 Mio. € Jahresgewinn wird über die EU durchgeführt.

M11: Die Besteuerung und Überwachung von international tätigen Unternehmen ab 10 Mio. € Jahresgewinn wird über die EU durchgeführt

M12: Es wird eine Finanztransaktionssteuer eingeführt, deren Erlös zu 1/3 an die EU und zu 2/3 an die UNO abgeführt werden.

M38: Statt der EU-Strukturförderung wird ein Finanzausgleich zwischen den Ländern eingeführt – Frage: Kürzung der Mittel?

M98: Der Anteil der EU und UNO am deutschen Steueraufkommen wird auf 7% aufgestockt.

Insgesamt gehen ca. 163 Mrd. € jährlich an UNO und EU.

## 8 Stufenmodell

Die Maßnahmen sollen nicht alle gleichzeitig eingeführt werden. Denkbar sind 3 Stufen:

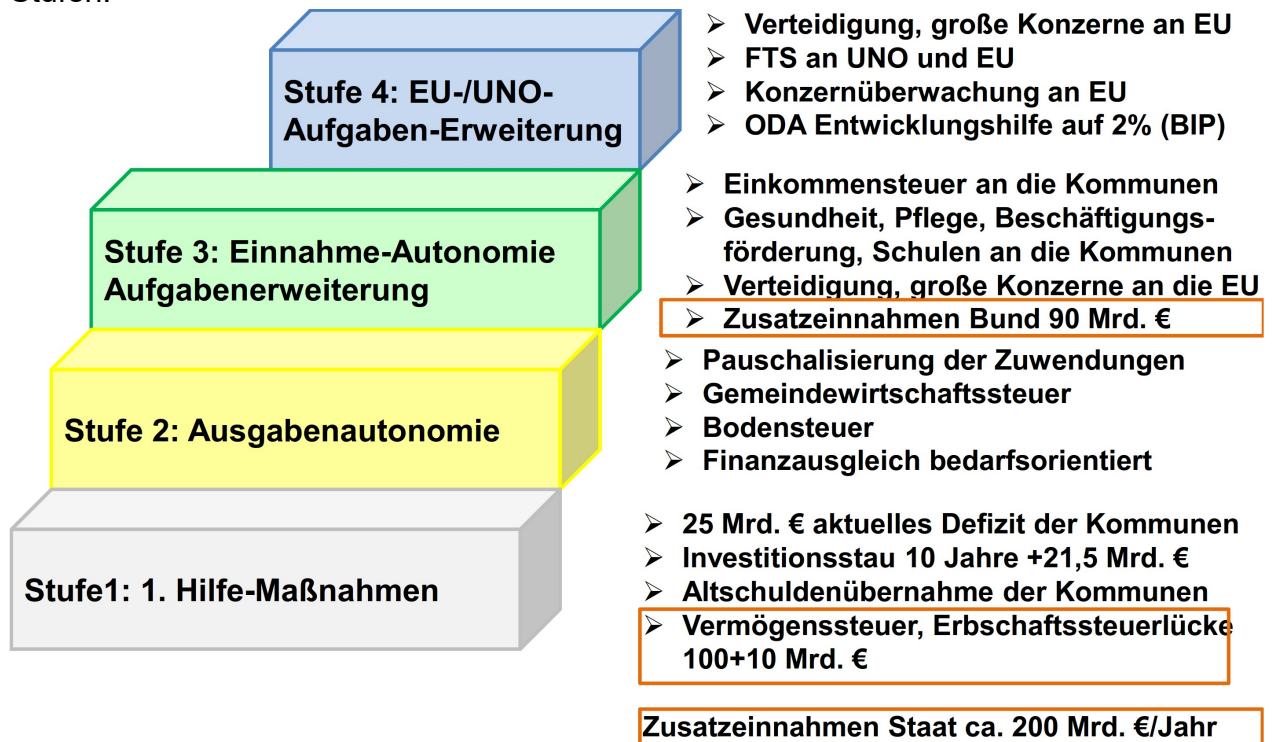


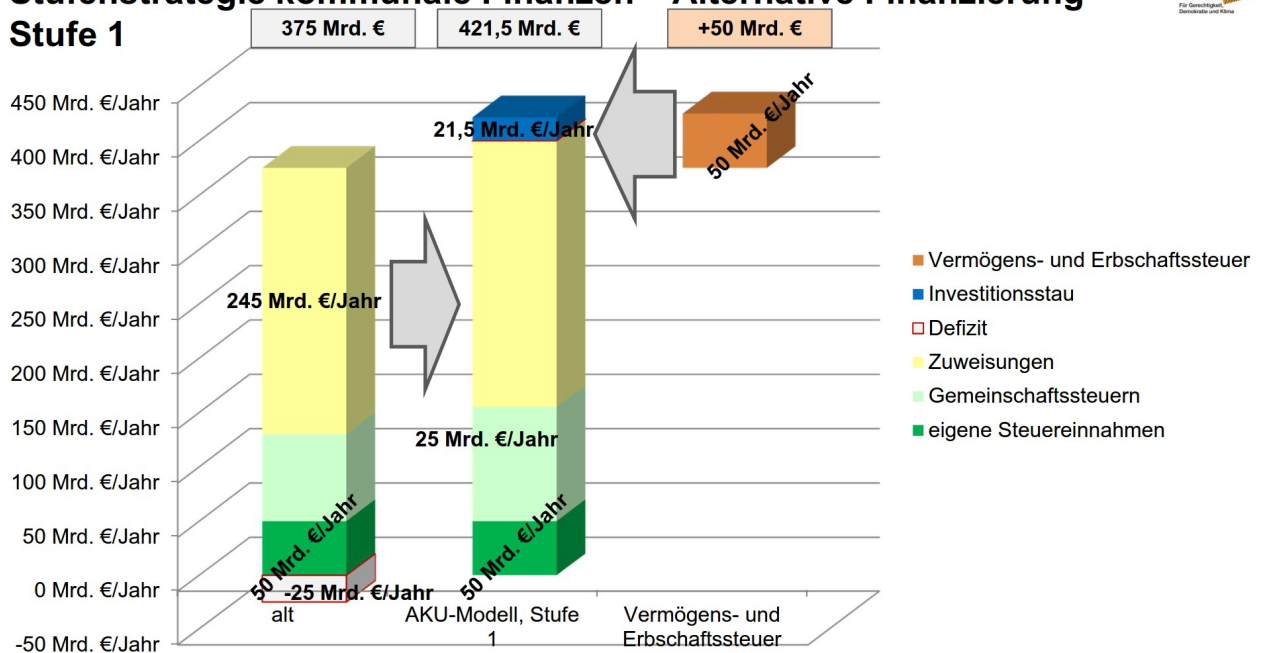
Abb. A1-10 Stufenstrategie UmSteuern Kommunal

### **Stufe 1: 1.-Hilfe-Maßnahmen**

In der ersten Stufe werden die Kommunen finanziell so ausgestattet, dass sie ihre gegenwärtigen Aufgaben, Pflicht und freiwillige Aufgaben, wahrnehmen können. Sie erhalten das aktuelle Defizit von 25 Mrd. €/Jahr ausgeglichen und den Investitionsstau von 215 Mrd. € über 10 Jahre, also statisch 21,5 Mrd. €/Jahr.

Zur Finanzierung werden die Vermögenssteuer aktiviert und die Steuerlücken bei der Erbschaftsteuer geschlossen, insgesamt 110 Mrd. € Zusatzeinnahmen des Bundes.

**Stufenstrategie kommunale Finanzen – Alternative Finanzierung**  
**Stufe 1**



**Stufe1: 1. Hilfe-Maßnahmen**

- 25 Mrd. € zusätzlich an die Kommunen
- Investitionsstau abbauen 10 Jahre
- Altschuldenübernahme der Kommunen
- Vermögenssteuer, Erbschaftssteuer 1/2

Abb. A1-11 Stufenstrategie UmSteuern Kommunal: Stufe 1

**Stufe 2: Ausgabenautonomie**

**Stufenstrategie kommunale Finanzen – Pauschalisierung**  
**Stufe 2**

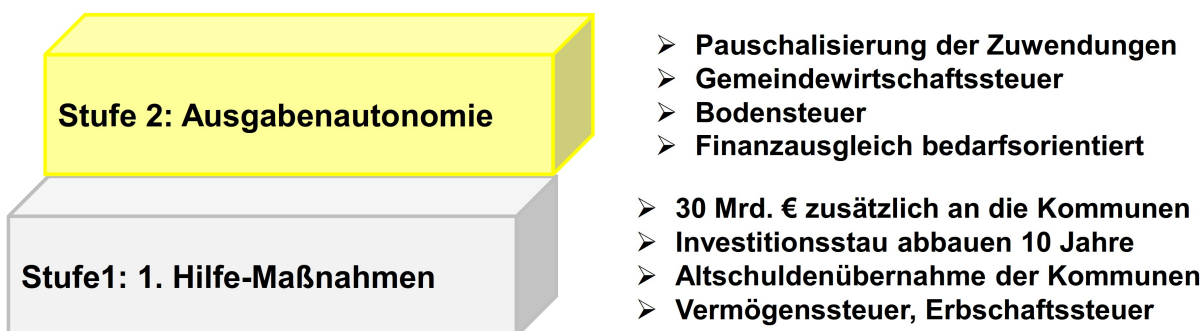
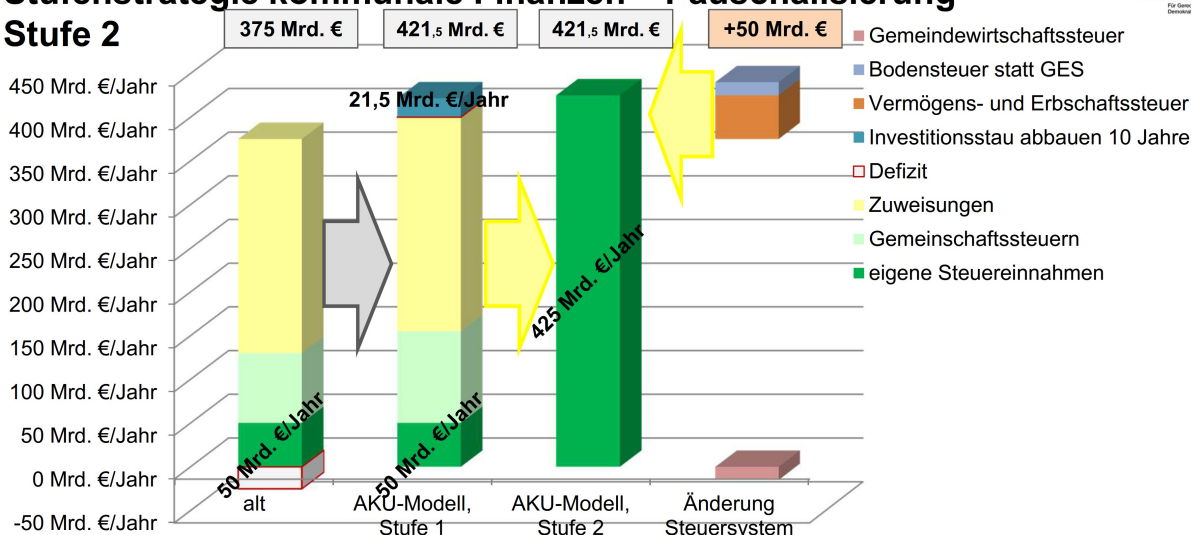


Abb. A1-12 Stufenstrategie UmSteuern Kommunal – Stufe 2: Pauschalisierung

**Stufe 3 Einnahmenautonomie und Aufgabenerweiterung**

In der Stufe 3 werden die Aufgaben der Kommunen zulasten der Bundesländer, des Bundes und der Sozialversicherungen erweitert: Ambulante Gesundheitsversorgung, kommunale Krankenhäuser, Pflege, allgemeinbildende Schulen bis zur 10. Klasse und die Beschäftigungs gehen in die Eigenverantwortung der Kommunen über. Dafür erhalten sie etwa den doppelten Anteil der Steuereinnahmen (inkl. Sozialversicherung).

Zur Finanzierung werden diverse Steuern erhöht, im Wesentlichen zulasten der aktuell bevorteilten Hyperreichen. Speziell sind das die folgenden Steuern:

Einige Steuern werden anders verteilt:

- Die Kommunen erhalten die Einkommensteuer bis zu einem Brutto-Einkommen von 100.000 €/Jahr pro Kopf. Der Rest geht an den Bund.
- Die Gewerbesteuer wird in eine Gemeindegeldsteuer umgewandelt und halbiert. Zum Ausgleich wird die Körperschaftssteuer wertgleich erhöht.
- Die Grunderwerbssteuer wird abgeschafft. Die kommunale Grundsteuer wird als Bodensteuer verdoppelt.

## Starke Kommunen – das Herz der Demokratie schlägt vor Ort

- Der Spitzensteuersatz der Einkommensteuer wird erhöht.
- Tabaksteuer wird erhöht, die Zuckersteuer eingeführt, Volumen ca. 3 Mrd. €/Jahr.

Insgesamt bringt das den Gebietskörperschaften Mehreinnahmen von ca. 200 Mrd. €/Jahr.

### Stufenstrategie kommunale Finanzen – Alternative Finanzierung

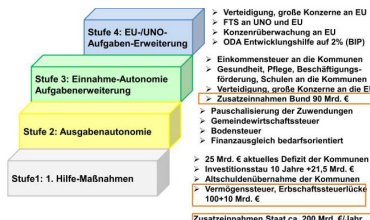
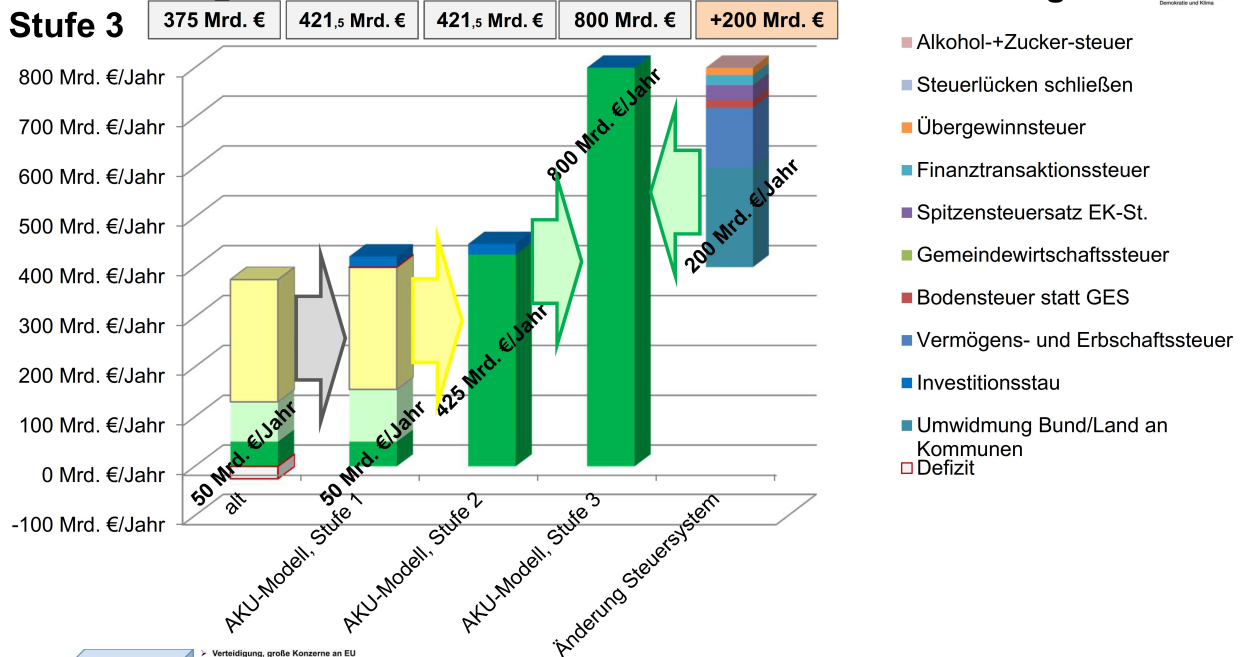


Abb. A1-13 Stufenstrategie UmSteuern Kommunal – Stufe 3: Aufgabenerweiterung

### Stufe 4 Internationalisierung

Für die Ausstattung der Kommunen irrelevant werden Aufgaben auch vom Bund an die EU und die UNO abgegeben. Das betrifft insbesondere die Verteidigung und die Überwachung und Besteuerung internationaler Konzerne. Die Entwicklungshilfe soll auf 1% des BIP, also um 15 auf 45 Mrd. €/Jahr erhöht werden. Zur Finanzierung erhalten EU und UNO neben dem Transfer aus dem Bundeshaushalt direkt die Finanztransaktionssteuer und die Übergewinnsteuer.

## 9 Kommunaler Finanzausgleich

AKU-Modell:

Finanzausgleich, Berücksichtigung

- Bildungsbedarf: Vorschulkinder, Schulkinder

## Starke Kommunen – das Herz der Demokratie schlägt vor Ort

- Pflegebedürftige
- Arbeitslosigkeit
- Regionale Faktoren: Insellage, Bevölkerungsdichte,
- Kultur: Ober-/Untzentrum

Basisbedarf und Korrekturfaktoren

---

### Rechenbeispiel nach dem AKU-Modell (Einkommensausgleich + Kostenausgleich).

Die Städte dienen als Strukturvergleich:

- Großstadt-Typ: vergleichbar mit Köln
- Kleinstadt-/Landtyp: vergleichbar mit Wiesenburg/Mark

Wir rechnen mit vereinfachten Zahlen.

---

Ausgangsdaten (hypothetisch)

Merkmal	Großstadt	Kleinstadt
Einwohner	1.000.000	5.000
Steuerkraft je Einwohner	115 % des Landesdurchschnitts	80 % des Landesdurchschnitts
Kinder 1–5 Jahre	6 %	4 %
Schüler 6–15	10 %	8 %
80+ Jahre	4 %	12 %
Bevölkerungsdichte	sehr hoch	sehr niedrig
Sozialhilfequote	hoch	niedrig
Landesdurchschnittliche Steuerkraft: <b>10.000 € pro Einwohner</b> (Modellwert)		

---

1 Einkommensausgleich (Steuerkraft)

Großstadt

115 % von 10.000 € = 11.500 € Steuerkraft

→ liegt über Durchschnitt

→ muss einzahlen

Differenz:

$11.500 - 10.000 = 1.500 \text{ €} \times 1.000.000 \text{ Einwohner}$

= **1,5 Mrd. € Einzahlung**

---

Kleinstadt

80 % von 10.000 € = 8.000 €

Fehlbetrag:

$10.000 - 8.000 = 2.000 \text{ €} \times 5.000 \text{ Einwohner}$

= **10 Mio. € Zuweisung**

2 Kostenausgleich (struktureller Bedarf)

Jetzt wird ein theoretischer Standardbedarf berechnet.

Wir verwenden vereinfachte Standardkosten:

Bereich	Standardkosten
Kita-Kind	12.000 €
Schüler	11.000 €
80+ Pflege	25.000 €
Ländlichkeitszuschlag	1.500 € pro Einwohner (nur ländlich)
Sozialzuschlag	1.000 € pro betroffenem Einwohner

Großstadt – Bedarf

Kinder 1–5:

6 % von 1.000.000 = 60.000

$60.000 \times 12.000 = 0,72 \text{ Mrd. €}$

Schüler:

$10.000 \times 110.000 = 1,1 \text{ Mrd. €}$

80+:

$40.000 \times 25.000 = 1 \text{ Mrd. €}$

Sozialzuschlag (angenommen 8 %):

$80.000 \times 1.000 = 0,08 \text{ Mrd. €}$

Ländlichkeitszuschlag:

0

**Gesamtbedarf: 2,9 Mrd. €**

Pro Kopf: 2.900 €

Angenommener Landesdurchschnitt: 3.000 €

→ Großstadt liegt leicht unter Durchschnitt

→ leichte Einzahlung

Differenz:  $-100 \text{ €} \times 100.000$

**= 0,1 Mrd. € Einzahlung**

Kleinstadt – Bedarf

Kinder:

$200 \times 12.000 = 2,4 \text{ Mio. €}$

Schüler:

$400 \times 11.000 = 4,4 \text{ Mio. €}$

80+:

$600 \times 25.000 = 15 \text{ Mio. €}$

Sozialzuschlag (2 %):

$100 \times 1.000 = 0,1 \text{ Mio. €}$

Ländlichkeitszuschlag:

$5.000 \times 1.500 = 7,5 \text{ Mio. €}$

**Gesamtbedarf: 29,4 Mio. €**

Pro Kopf: 5.880 €

Landesdurchschnitt: 3.000 €



## Starke Kommunen – das Herz der Demokratie schlägt vor Ort

Differenz:

2.880 € × 5.000

= **14,4 Mio. € Zuweisung**

---

Gesamtergebnis

### **Kommune Einkommensausgleich Kostenausgleich Netto**

Großstadt –1,5 Mrd.

–0,1 Mrd.

**–1,6 Mrd. €**

Kleinstadt +10 Mio.

+14,4 Mio.

**+24,4 Mio. €**

---

Interpretation

Großstadt

hohe Steuerkraft → starke Einzahlung

hoher Sozialbedarf → teilweise Kompensation

aber insgesamt Nettozahler

Kleinstadt

geringe Steuerkraft → starke Unterstützung

viele Ältere + hohe Infrastrukturkosten → hoher Bedarf

deutlicher Nettoempfänger

---

Kernelement des Modells

Es werden **nicht reale Ausgaben ersetzt**









Sondern ein **statistisch berechneter Standardbedarf**

Effizienzunterschiede bleiben bei der Kommune

Kein Anreiz zur Ausgabensteigerung

## Quellenverzeichnis

### Dokumente

<p>1/1/ </p>	
<p>1/2/ <b>Kommunal Um-Steuern: Linke meets attac AKU</b> <b>Finanzielle Handlungsfähigkeit der Kommunen entwickeln</b> Am Beispiel Köln: Haushalt und kommunalen Beteiligten</p> <p><small>Jörg Seifert, Publikum Die Linke im Kölner Rat</small></p>	
<p>1/3/ </p>	
<p>1/4/ </p>	<p>©GIZ 2020 Dr. Michael Thöne und Jens Bullerjahn</p>
<p>1/5/ </p>	<p>Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland, insbesondere §§ 28 und 72</p>
<p>1/6/ </p>	
<p>1/7/ Quelle:destatis 2024 - 71511-07: Steuereinnahmen des Öffentlichen Gesamthaushalts - Kern- und Extrahaushalte - nach Arten 1</p>	
<p>1/8/ </p>	
<p>1/9/ Jahrbuch Steuergerechtigkeit 2025</p>	<p>Netzwerk Steuergerechtigkeit Trautvetter/Jirrmann</p>
<p>1/10/ </p>	
<p>1/11/ Health at a Glance: Europe 2024</p>	<p><a href="https://www.oecd.org/content/dam/oecd/en/publications/reports/2024/11/health-at-a-glance-europe-2024_bb301b77/b3704e14-en.pdf">https://www.oecd.org/content/dam/oecd/en/publications/reports/2024/11/health-at-a-glance-europe-2024_bb301b77/b3704e14-en.pdf</a></p>
<p>1/12/ BA Jahresfinanzreport 2024</p>	
<p>1/13/ stat. Bundesamt Verteilung Steuermittel auf Gebietskörperschaften in D 2024, EVAS 7151103, <a href="https://www.statistischebibliothek.de/mir/receive/DESerie_mods_00007712">https://www.statistischebibliothek.de/mir/receive/DESerie_mods_00007712</a></p>	<p> VERBAND KOMMUNALER UNTERNEHMEN e.V.</p>
<p>1/14/</p>	<p>2024</p>
<p>1/15/ OECD Table 1. Taxing power of sub-central governments, 2023</p>	
<p>1/16/ OECD Table 1. Taxing power of sub-central governments, 2023</p>	
<p>1/17/ OECD Table 1. Taxing power of sub-central governments, 2023</p>	
<p>1/18/ BMF Datensammlung 2024/25</p>	
<p>1/19/ Steuerrevolution</p>	
<p>1/20/ D20 2022/2023 Destatis statistischer-bericht-budget-bildung-5217108237005.xlsx, Erschienen am 3. Juni 2025, Tabelle 21711-03 sowie csv-21711-03 korrigiert am 25.09.2025, <a href="https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Bildung-Forschung-Kultur/Bildungsfinanzen-Ausbildungsfoerderung/_inhalt.html#_7ivz770zq">https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Bildung-Forschung-Kultur/Bildungsfinanzen-Ausbildungsfoerderung/_inhalt.html#_7ivz770zq</a></p>	
<p>1/21/ NSG Bürgerrat Input</p>	<p>2025-11</p>
<p>1/22/ Stadtwerke München (SWM)</p>	<p>SWM Geschäftsbericht 2024</p>
<p>1/23/ RheinEnergie AG (Köln)</p>	<p>RheinEnergie Geschäftsbericht 2024</p>
<p>1/24/ Stadtwerke Köln Konzern</p>	<p>SWK Konzernbericht 2024</p>
<p>1/25/ Stadtwerke Düsseldorf AG</p>	<p>SWD Geschäftsbericht 2024</p>
<p>1/26/ Momentum, Voxmeter 2025</p>	<p><a href="https://www.google.com/search?q=Momentum%2C+Voxmeter+2025+d%3C%3A4nemark&amp;oeq=Momentum%2C+Voxmeter+2025+d%3C%3A4nemark&amp;gs_lcrp=EgZjaHJvbWUyBggAEEUYOTIHCAEQIRigAdIBCDg2MjhqMGo3qAIAIA&amp;sourceid=chrome&amp;ie=UTF-8">https://www.google.com/search?q=Momentum%2C+Voxmeter+2025+d%3C%3A4nemark&amp;oeq=Momentum%2C+Voxmeter+2025+d%3C%3A4nemark&amp;gs_lcrp=EgZjaHJvbWUyBggAEEUYOTIHCAEQIRigAdIBCDg2MjhqMGo3qAIAIA&amp;sourceid=chrome&amp;ie=UTF-8</a></p>
<p>1/27/ Danmarks Statistik, 'Stor variation i betalingen af grundskyld i 2024' (Great variation in the payment of ground rent in 2024).</p>	
<p>1/28/ Danmark Ministry of Economic Affairs, Økonomisk reddegørelse (Economic Survey), May 2025.</p>	
<p>1/29/ Übersicht kommunale Unternehmen Kopenhagen</p>	
<p>1/30/ Grundgesetz Art. 28 und</p>	
<p>1/31/ VKU-Geschäftsbericht 2024</p>	<p>Zahlen - Daten - Fakten</p>
<p>1/32/ Investitionen für ein klimaneutrales Deutschland 2024, Finanzbedarfe und Politikoptionen</p>	<p>Agora-Energiewende Institut, Prognos, Wuppertal Institut, A-EW_347_KNDE_Investitionsbedarfe_WEB PDF-Dokument · 2.4 MB</p>

- / 33/ Pestel-Institut für 100.000 neue Sozialwohnungen 2023 /33/ Pestel Institut (2023): Bauen und Wohnen in der Krise – Aktuelle Entwicklungen und Rückwirkungen auf Wohnungsbau und Wohnungsmärkte, [https://mieterbund.de/app/uploads/2023/06/Studie\\_-\\_Bauen\\_und\\_Wohnen\\_in\\_der\\_Krise.pdf](https://mieterbund.de/app/uploads/2023/06/Studie_-_Bauen_und_Wohnen_in_der_Krise.pdf)
- / 34/ [https://www.gkv-spitzenverband.de/gkv\\_spitzenverband/presse/zahlen\\_und\\_grafiken/gkv\\_kennzahlen/ahlen/ahlen\\_kennzahlen.isp](https://www.gkv-spitzenverband.de/gkv_spitzenverband/presse/zahlen_und_grafiken/gkv_kennzahlen/ahlen/ahlen_kennzahlen.isp)
- / 35/ Bericht der BA 02.12.2025. <https://www.politico.eu/wp-content/uploads/2025/12/01/21-3323-Bericht-der-Bundesagentur-fur-Arbeit-BA-und-Haushaltsplan-2026-BA-einschlieslich-Informationsvermerk-des-Bundesministeriums-fur-Arbeit-und-Soziales.pdf>
- / 36/ imk-policy-Brief 168, Mai 2024, zitiert in verdi Wirtschaftspolitik aktuell #9 Mai 2024
- / 37/ [beteiligungsbericht-des-bundes-2024.pdf, https://www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Downloads/Broschueren\\_Bestellservice/beteiligungsbericht-des-bundes-2024.pdf?blob=publicationFile&v=10](https://www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Downloads/Broschueren_Bestellservice/beteiligungsbericht-des-bundes-2024.pdf?blob=publicationFile&v=10)
- / 38/ Städte- und Gemeindebund 05.01.2026
- / 39/ Autor\*innenpapier der Grünen: ENDLICH MACHEN – KOMMUNEN STÄRKEN Vorschläge für eine Politik, die Probleme löst [file:///C:/Users/Sabine%20Schr%C3%B6der/Downloads/301025-AP-Endlich\\_machen-Kommunen\\_st%C3%A4rken-3.pdf](file:///C:/Users/Sabine%20Schr%C3%B6der/Downloads/301025-AP-Endlich_machen-Kommunen_st%C3%A4rken-3.pdf)
- / 40/ Bertelsmann Stiftung, Kommunaler Finanzreport 2025: <file:///C:/Users/Sabine%20Schr%C3%B6der/Downloads/Finanzreport2025.pdf>
- / 41/ Bundesfinanzministerium: Entlastung der Kommunen durch den Bund: [https://www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Standardartikel/Themen/Oeffentliche\\_Finzen/Foederale\\_Finanzbeziehungen/Kommunalfinanzen/entlastuen-der-kommunen-durch-den-bund.html?](https://www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Standardartikel/Themen/Oeffentliche_Finzen/Foederale_Finanzbeziehungen/Kommunalfinanzen/entlastuen-der-kommunen-durch-den-bund.html?)
- / 42/ Bundestag 2025: Gesetzentwurf der Fraktion Die Linken <https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2025/kw21-de-kommunen-1075220?>
- / 43/ Projektteam „Aktive Regionalentwicklung“, Gemeinde Wiesenburg/Mark, Konzeptpapier zur Einführung einer PKS: <https://srek.wiesenburgmark.de/wp-content/uploads/2025/03/Konzeptpapier-zur-progressive-kommunale-Schuldenbremse-25.03.2025.pdf>
- / 44/ DGB 9/2025: Kommunen brauchen eine nachhaltige Finanzierung! <https://www.dgb.de/aktuelles/news/kommunen-brauchen-eine-nachhaltige-finanzierung/#:~:text=Kommunen%20brauchen%20eine%20nachhaltige%20Finanzierung,DGB&text=DGB%20%20Aktuelles%20%20Kommunen%20brauchen%20eine%20nachhaltige%20Finanzierung!>
- / 45/ KfW Kommunalpanel 2025 [https://www.kfw.de/%C3%9Cber-die-KfW/KfW-Research/KfW-Kommunalpanel.html?kfwmc=pm.p.per.mix.na.google.google.erweitern-auf-PM-Mix-DK-Mittelstand-Basis.na.na.na.na&wt\\_cc3=23000290697\\_&qad\\_source=1](https://www.kfw.de/%C3%9Cber-die-KfW/KfW-Research/KfW-Kommunalpanel.html?kfwmc=pm.p.per.mix.na.google.google.erweitern-auf-PM-Mix-DK-Mittelstand-Basis.na.na.na.na&wt_cc3=23000290697_&qad_source=1)



## Starke Kommunen – das Herz der Demokratie schlägt vor Ort

### Weitere Begleittexte UmSteuern Kommunal

---

#### Fachartikel und Präsentationen auf <https://www.attac-koeln.de/umsteuern>

- (01) Das Modell „Starke Kommunen“ - Aufgaben und Finanzierung (Kai Beutler, AKU)
  - (02) Stufenmodell zur Einführung des Modell "Starke Kommunen" (Kai Beutler, AKU)
  - (03) Investitionsbedarf der Kommunen und Finanzierungsmöglichkeiten (Robert Schumacher, AKU)
  - (04) Gewerbesteuern - Funktionsweise und Missbrauch (Julian Becker, AKU)
  - (05) Notfallmaßnahmen zur Rettung der kommunalen Finanzen (Sabine Schröder, AKU)
  - (06) Fallstudie Köln (Kai Beutler, AKU)
  - (07) Fallstudie Wiesenburg/Mark (Kai Beutler, AKU)
  - (08) Kommunen in Dänemark - kleine Königreiche (Karen Solveig-Petersen)
  - (09) Was für eine Bodensteuer spricht (Alfred Eibl, Attac-BAG Finanzmärkte und Steuern)
  - (10) Bürgerräte: Demokratisch und wirksam (Roman Huber, Mehr Demokratie!)
  - (11) Die Kommunen - Positionspapier (Attac-BAG-Finzen und Steuern)
  - (12) Karl-Martin Hentschel: Wieso die Schweden gerne Steuern zahlen (Kapitel 6 aus „Von wegen alternativlos“, Europa-Verlag 2013)
  - (13) Karl-Martin Hentschel: Notizen zur Geschichte der Kommunen als Keimzelle der Demokratie
  - (14) Zwei Erklärungen zur Stärkung der Kommunen – 2026 und 2014
-